

Bezugspreis:
Wochenschrift 30.- M., monatlich 10.- M.,
frei im Haus, voraus zahlbar. Vor-
bezug: Monatlich 10.- M., einjährig 100.- M.,
vierteljährig 25.- M. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16.50 M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmal. Aufhebung 21.50 M. Postbe-
stellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dän-
mark, Holland, Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. - Eingetragene in
die Postzeitungs-Verzeichnisse.
Die „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Voll und Zeit“ und der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ erscheint
wöchentlich zweimal, Sonntags und
Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die schlagzeilen Kontraktbelege
betragen 5.50 M. „Kleine Anzeigen“
das fertige Wort 1.50 M. (zu-
willing zwei fertige Wörter), jedes
weiteres Wort 1.- M. Stellenangebote
und Schlafstellenanzeigen das erste
Wort 1.- M., jedes weiteres Wort
60 Pfg. Worts über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Adressen Seite 2.- M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zerlegungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 8 Uhr nachmittags im
Gesamtschick Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schluß
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90 - 151 97

Sonnabend, den 12. März 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53 - 54

Wilhelms Verteidigungsschrift.

In den Unterhaltungen gewisser Kreise spielt seit einiger Zeit die Verteidigungsschrift Wilhelms II., die dort in einer beschränkten Anzahl von Exemplaren zirkuliert, die Hauptrolle. Diese Verteidigungsschrift ist in die Form einer geschichtstabelleartigen Darstellung gefasst, die mit dem Jahre 1884 beginnt und mit dem 4. August 1914 abbricht. Schlussfolgerungen im allgemeinen werden nicht gezogen, höchstens hier und da stüchlig angedeutet, der Stil der berühmten Randbemerkungen ist gänzlich ausgegeben zugunsten eines Anscheins vollkommener Objektivität.

Wilhelm spricht daher immer auch von sich selber in der dritten Person: der Kaiser oder respektvoller: S. M. der Kaiser. Den Hauptinhalt bildet eine Aufzählung von Monarchenbegegnungen, Thronbesteigungen, Amtsantritten von Präsidenten, Botenfahrten und sonstigen Dingen, die man in jedem Geschichtskalender nachlesen kann.

Stellenweise wird die Sache interessanter. So heißt es am 18. August 1891 über den Besuch Wilhelms bei Zar Alexander III. in Rarwa: „Der Zar sagt, daß er die Republik Frankreich hasse, und fordert zur Wiederherstellung der Monarchie in Frankreich auf.“ Aber schon am 17. August 1892 wird vermerkt: „Russisch-französische Militärkonvention. Im Fall der Mobilmachung auch nur einer Macht des Dreibundes wird die unverzügliche Mobilmachung der gesamten französischen und russischen Streitkräfte und ihre schnelle Einsetzung zu entscheidendem Kampfe vereinbart.“

Es werden dann weiter im Lauf der Jahre sorgfältig alle Tatsachen registriert, die für die Einkreisung Deutschlands und die Vorbereitung des Weltkriegs von der anderen Seite sprechen. Wie aber diese Einkreisungspolitik, die tatsächlich vorhanden war, durch die unverantwortlichen Lorheiten der deutschen Politik gefördert wurde, darüber erfährt man kein einziges Wort. Bezeichnenderweise ist z. B. keine einzige der sehrzeitlich doch so viel besprochenen Kaiserreden für würdig gehalten worden, in dieses tabellarische Geschichtswerk aufgenommen zu werden.

Es entrollt sich das Bild einer rasenden diplomatischen Tätigkeit, um einen Weltbund gegen Deutschland zusammenzubringen, man sieht, wie alle Feindschaften begraben und neue Bündnisse geschlossen werden, während es auf deutscher Seite immer nur von Zeit zu Zeit in regelmäßiger Monotonie heißt: „Erneuerung des Dreibundes“ und alles andere vorbeiliegelt.

Im April 1898 heißt es: „Englischer Bündnisvertrag an Deutschland mit ausgesprochener Spitze gegen Russland abgelehnt, um den Weltfrieden zu erhalten.“ Dagegen schlägt zur selben Zeit der Botschafter Graf Münster in Paris Delcassé ein deutsch-französisches Abkommen vor, um zu verhindern, daß die portugiesischen Kolonien unter englischen Einfluß kommen, erhält aber keine Antwort.

Den Anspruch, der eigentliche Schöpfer des Völkerbündensgedankens gewesen zu sein, nimmt Wilhelm II. in folgender Eintragung am 24. März 1905 in Anspruch:

Vorschlag des Kaisers an den Zaren und Witte, einen Völkerbund zu gründen durch Verbindung des Dreibundes mit der französisch-russischen Allianz unter Wahrung der Gruppen und Anschließbarkeit für alle anderen Gruppen oder einzelne Staaten. Der Vorschlag wurde in Brüssel vom Zaren, in Romina von Witte akzeptiert. Eine Präliminärkonvention war nicht in Aussicht genommen. Das Völkerbündnis ist demnach ein Gedanke Kaiser Wilhelms, nicht Wilsons. Das geplante Bündnis sichert jedem Teilnehmer völlige Parität und Freiheit. Wilsons Völkerbund ist die Beherrschung der Welt durch die Angelfachsen in der Tarnkappe.

Die bekannte Mission Halbones in Deutschland im Februar 1912 findet folgende Darstellung:

Deutschlands Bemühen um einen Neutralitätsvertrag mit England scheitert an unannehmbaren englischen Forderungen. Der Versuch Englands, die deutsche Flottenentwicklung durch Baubeschränkungen zu lähmen und eine neue Marineschlacht zu verhindern, scheitert.

Wäre Deutschland damals auf den englischen Vorschlag eingegangen, so hätte es heute jedenfalls mehr Kriegsschiffe, und auch sonst wäre manches anders!

Den Abschluß bildet eine „Uebersicht über die Lage der Mobilmachung 1914“. Sie beginnt: „April: Mobilmachung der englischen Banken in London. Aufhäufung des Goldes. Juni: Berginn der englischen Mobilmachungsvorbereitungen. 15. Juli: England. Die in den Monaten April bis Mai angefangen zu Uebungen eingezogenen Mannschaften wurden bis Kriegsausbruch unter den Fahnen zurückgehalten. 20. Juli: Einberufung der belgischen Reserveoffiziere zum Heere.“

Etwas später folgt die Bemerkung: „21.-23. Juli beginnt in Frankreich (nach Georges Clemenceau) die mobilisation

générale.“ Und dann erst am 25. Teilmobilmachung Oesterreichs gegen Serbien. Für den 28. wird „Beginn der Kriegsbereitschaftsperiode für das ganze europäische Ausland, also auch gegen Deutschland“ vermerkt.

Wilhelm ist fest davon überzeugt, daß die anderen den Krieg wollen. So stellt er auch seine Ablehnung des bekannten russischen Vorschlags, den serbischen Streitfall an den Haager Schiedshof zu überweisen, folgendermaßen dar:

Der Vorschlag des Zaren, das österreichisch-serbische Problem dem Haager Schiedshof zu übergeben, findet keine Zustimmung. (Rußland will die Zeit der Verhandlungen zur Weiterführung der Rüstungen ausnutzen.)

Wenigstens wird zu den bekannten Abmachungen Bionanis in Petersburg bemerkt: „Der Gedanke war, durch weiteres Hinausschieben militärische Vorteile zu erlangen.“

Die Schrift schließt mit der Eintragung:
4. August. Sir Edward Grey fordert von der deutschen Regierung eine Erklärung, daß sie dem Vorrücken der deutschen Truppen in Belgien Einhalt gebiete, sonst werde England Belgien schützen. Das war die englische Kriegserklärung.

Wilhelms Schrift ist ein Plädoyer auf Freispruch vor einem Gerichtshof von Pazifisten. Wenn keine andere Geschichtsquelle zur Verfügung stände als diese Darstellung, der müßte allerdings zu der Ueberzeugung kommen, daß Wilhelm eigentlich immer nur den Frieden gemollt und schließlich nur aus Angst, die andern könnten ihm zuvorkommen, losgeschlagen habe. Und in dieser Art der Auffassung

liegt ja auch tatsächlich ein Stück der Wahrheit über die äußerst komplizierte Geschichte des Kriegsausbruchs.

Die Tabellen des Kaisers sind natürlich von derselben ungeheuerlichen Einseitigkeit, von der auch die ententischen Geschichtsklitterungen beherrscht sind, nach denen alle Schuld auf Deutschland fällt. In Wirklichkeit sind seit Jahrzehnten überall unfähige und gewissenlose Politiker am Werk gewesen, um die Welt ins Unglück hineinzustößen, die unfähigsten und gewissenlosesten haben aber leider doch in Berlin und Wien. Die Art war hüben und drüben dieselbe, verschieden war höchstens der Grad. Aber dieser Gradunterschied hat es eben zustande gebracht, daß Deutschland in den Augen der ganzen Welt als der einzige Kriegsschuldige erschien und seine Schuld mit der Niederlage und einem furchtbaren Frieden bezahlen mußte.

Kämen aber auch die Pazifisten dazu, Wilhelm II. freizusprechen, so würde das Urteil der Politiker über ihn nicht erschüttert werden. Es war eines der größten Mißverständnisse der Weltgeschichte, daß in Deutschland fast dreißig Jahre lang ein Mann regieren konnte, der dieses Geschäft vielleicht von allen siebzig Millionen Deutschen am allerstschlechtesten verstand. Väterlich der Glaube des Auslandes, dieser irrthümliche Geist habe den Krieg begonnen, um die Weltbeherrschung zu erobern; oder er habe überhaupt jemals große Ziele mit großen Mitteln verfolgt. Darauf war er niemals zugeschnitten. Und jetzt? Jetzt sieht er wie ein Hund vor dem Scherben und klagt, er könne nichts dafür. . . !

Simons über London.

Zu Beginn der heutigen Reichstagsitzung wurde ein Telegramm der Bundesversammlung Kärntens zur Kenntnis gebracht, wonach die Bundesversammlung mit tiefem Bedauern Kenntnis nimmt von der Befehlsgebung weiterer deutscher Gebietsverluste durch die Entente. Sie spricht dem deutschen Volke ihre herzlichste Anteilnahme aus mit der Versicherung, daß das Gefühl der Zugehörigkeit zum deutschen Volke durch die Gewaltmaßnahmen der Feinde nicht vermindert werde. Sie gibt der Hoffnung Ausdruck, daß deutsche Tapferkeit, deutscher Fleiß und deutsche Einigkeit auch die Folgen dieser neuen Gewalttaten überwinden werden. (Lebhafter Beifall.)
Es folgt die Regierungserklärung über London.

Minister des Auswärtigen Dr. Simons:

Die Londoner Konferenz ist eine Fortsetzung von Spa und ein Ersatz für Genf. Sie wissen, daß uns in Spa eine solche Konferenz versprochen worden ist. In Spa ist zum erstenmal an die Stelle des unruhigen Rotenwechfels eine Verhandlung von Mann zu Mann getreten über die Haupt- und Kernfrage der wirtschaftlichen Not unserer Zeit: die Reparationsfrage. Wir hatten Anspruch darauf, daß die Behandlung dieser Reparationsfrage vorgenommen wurde auf einer Konferenz in einem neutralen Lande. Das war nicht ohne Wichtigkeit für uns, denn man konnte hoffen, daß in einem neutralen Lande die Reparationsfrage unter einem umfassenderen, mehr internationalen Gesichtspunkte hätte in Angriff genommen werden können. Aber wenn uns statt einer Einladung nach Genf eine solche nach London zugeht, so konnte die deutsche Regierung sich ihr nicht entziehen. Zu groß war für uns das Interesse, daß wir endlich einmal Klarheit bekamen über den Umfang unserer Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage.

Wir konnten nicht formeller Vorteile halber den großen Vorteil aus der Hand geben, der in der endlichen Einladung, über die Reparationsfrage zu verhandeln, lag.

Die Konferenz in London hatte außerordentlich starke Hindernisse zu überwinden. Diese Hindernisse sind hauptsächlich entstanden durch die vorhergegangene Konferenz in Paris. Denn, wie ich das immer hervorgehoben habe, in dem Moment, wo die Alliierten ihre Forderungen ziffernmäßig der Welt und uns vorstellten hatten, hatten sie sich so festgelegt, daß eine Uebereinkunft sehr erschwert war. Und naturgemäß mußte sich als Gegenwirkung gegen die einseitige Festlegung der Alliierten im deutschen Volke eine feste Meinung bilden über

die Annehmbarkeit und Unannehmbarkeit dieser Forderungen,

die auch ihrerseits einer Festlegung gleichkam. Es hat sich hier klar gezeigt, daß nur dann eine Aussicht auf Verständigung besteht, wenn die beiden maßgebenden Faktoren für die Reparationsfrage in beiderseitigen Stadium gerüstet und miteinander in Einklang gebracht werden. Diese beiden Hauptfaktoren sind nach dem Friedensvertrage selbst einerseits der Schaden, der in den ehemals besetzten Gebieten angerichtet ist in dem Umfang, in welchem wir ihn im Friedensvertrag übernommen haben, andererseits die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft, die nicht zerstört werden darf durch die Forderung auf Schadenersatz. Gerade deswegen, weil die Leidenshaftigkeit und sorgfältige Prüfung dieser beiden Faktoren ein unbedingt erforderliches für eine Verständigung ist, hatte ich im Frühjahr des vergangenen Jahres angeregt, eine solche Verständigung vor der endgültigen Zu-

sammenkunft durch Sachverständige beider Teile in die Wege zu leiten. Ich bedauere es darum, daß die Wege, die zu der Konferenz von Brüssel geführt haben, nicht bis zu Ende weitergegangen worden sind. Darauf ist es auch zurückzuführen, wenn die Londoner Konferenz nicht zu einem Ergebnis geführt hat.

Zweimal haben in Brüssel die Sachverständigen versucht, den Sachverständigen in Brüssel wurde die Arbeit dadurch erschwert, daß Frankreich nicht geneigt war, die Reparationsfrage von ihnen behandeln zu lassen. Das zweite Mal kamen Sachverständige der Alliierten und Deutschlands zusammen, und durch sie sind auch eine ganze Anzahl von Aufführungen geschaffen worden. Diese Aufführungen konnten aber nicht zu Ende kommen, weil die Sachverständigen der Alliierten, ehe alle Probleme erörtert waren und ehe die Verhandlungen der Wirtschaftsteile stattgefunden hatten, zu einem zusammengefaßten Bericht an ihre Regierungen gekommen sind. Dieser Bericht ist nicht einmal zu unserer offiziellen Kenntnis gelangt, wir kennen nur Auszüge aus ihm. (Hört, hört!) Bei dieser Behandlung der Reparationsfrage der deutschen Wirtschaft hätten wir schon kaum auf ein angemessenes Ergebnis hoffen dürfen.

Unter diesen ungünstigen Umständen wurden

die Vorbereitungen für London

unternommen. Diese Vorbereitungen haben sich zunächst erstreckt auf eine sehr eingehende Prüfung der Pariser Beschlüsse. Die Prüfung hat stattgefunden durch die ausopferungsvolle Tätigkeit einer großen Anzahl von Sachverständigen aus allen Teilen Deutschlands, Männern, die sich herausgerissen haben aus ihren Berufsgeschäften, um dem Vaterlande ihre Kenntnisse zur Verfügung zu stellen. Ich halte es für meine Pflicht, auch von dieser Stelle aus den Sachverständigen den herzlichsten Dank der Reichsregierung auszusprechen. (Beifall.) Außer der von diesen Sachverständigen ausgearbeiteten Denkschrift, die Ihnen vorliegt, haben wir Ihnen auch noch eine andere Denkschrift vorgelegt, die im Reichsfinanzministerium ausgearbeitet worden ist und sich hauptsächlich befaßt mit der Besprechung der

Denkschrift der Sachverständigen der Gegenseite.

Die Regierung hatte im Einvernehmen mit den Führern der Parteien nach Kenntnis von den Pariser Beschlüssen das Versprechen gegeben, daß wir nunmehr mit Gegenansprüchen an die Alliierten herantreten würden. Das war ein löbliches Versprechen. Der Friedensvertrag enthält Bestimmungen, wonach es der deutschen Regierung freistand, innerhalb einer vorbestimmten kurzen Frist an die Alliierten Gesamtansprüche zu dem Reparationsproblem vorzulegen, über die dann eine Verständigung erzielt werden könnte. Allerdings ist diese Frist längst abgelaufen, sie ist aber, zum Teil ausdrücklich, zum Teil stillschweigend verlängert worden, und zwar namentlich dadurch, daß man das Reparationsproblem auf die Tagesordnung von Spa gesetzt hat, und daß man diese Tagesordnung für Genf, später für London vertagt hat.

Es ist der deutschen Regierung von diesen Seiten, im Ausland wie im Inland, der Vorwurf gemacht worden, daß sie von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat. Demgegenüber darf ich nur auf folgendes hinweisen: Bestimmte Vorschläge der deutschen Reichsregierung in Reparationsdingen waren so lange fast unmöglich, solange der Umfang des deutschen Wirtschaftsgebietes schon in rein territorialer Beziehung in Frage gestellt war, wie es durch

den Friedensvertrag geschlossen war. Ich will gar nicht hinweisen auf die Verhältnisse im Saargebiet und im Rheinlande, sondern nur auf den Punkt, der uns jetzt besonders am Herzen liegt, die Unsicherheit betreffs Oberschlesiens. Was auch gesagt werden mag —

Oberschlesien ist und bleibt für Deutschland eine Lebensfrage!

Das sogenannte Sakutaelend kann nicht von einer einzelnen Nation gelöst werden, sondern nur in einmütiger Zusammenarbeit aller Völker. Keiner der Sachverständigen ist verantwortlich für die Höhe der Gegenangebote, die wir nachher gemacht haben. (Hört, hört!) Die Gegenangebote sind gemacht worden aus politischen Gründen, allerdings nach Anhörung sehr tüchtiger und erfahrener Männer im auswärtigen Amt, aber auf Grund der Verantwortlichkeit der Regierung selbst (Hört, hört!), und zwar in letzter Linie auf Grund der Verantwortlichkeit meiner Person. (Hört, hört! und Sehr gut!)

Wir hatten uns klar gemacht, daß wir dabei den doppelten Faktor mitspielen mußten: die Schadloshaltung der Gegner und die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft.

Deshalb sind wir ausgegangen von den festen Forderungen der Konkurrenz in Paris. Wir hatten den Gesamtwert der festen Annuitäten genommen und ihn zurückgerechnet auf den Gegenwartswert. Wir mußten diese ganzen auf 42 Jahre auseinandergezogenen Annuitäten wieder zurückdiskontieren auf die Gegenwart. Wir kamen bei dieser Berechnung auf eine Summe, die ziemlich übereinstimmte auch mit den Angaben der gegnerischen Presse. Je nachdem man die Annuitäten nach dem Jahresbetrag berechnet oder nach den halbjährlichen Raten, kommt man auf eine verschiedene Summe. Außerdem hatten die Pariser Beschlüsse vorgesehen, daß, wenn wir den ganzen Wert der Annuitäten jetzt gleich bezahlen würden, innerhalb der ersten zwei Jahre, daß uns dann die Reduktionierung zu 8 Prozent angeboten werden sollte. So kamen wir zu unserem Angebot von rund 50 Milliarden Goldmark, abzüglich der Vorleistungen, die den Gegnern ja bereits bekannt waren und die den Betrag von 20 Milliarden Goldmark ausmachten. Wir hatten unmittelbar vor der Abreise nach London die Mitteilung bekommen, daß namentlich die Reparationskommission eine ganz andere Summe herausgerechnet hatte. Die verschiedenen Summen erreichen kaum die Hälfte der von uns angegebenen Summe; das kommt aber von der Anwendung einer ganz anderen Berechnungsmethode der Reparationskommission. Die Reparationskommission richtet sich nach dem Versailles Friedensvertrag, wonach uns eine Anzahl Leistungen gar nicht angerechnet, sondern nur gutgeschrieben wurden. Es war von vornherein darüber kein Zweifel, daß die 30 Milliarden Goldmark das Meiste waren, was die deutsche Wirtschaft übertragen konnte. Daneben war auch klar, daß wir diese 30 Milliarden nicht auf einmal auf den Tisch legen konnten.

Nun ist sehr aufgefallen, daß wir bei der Verzinsung nicht mehr von 8, sondern von 5 Proz. sprachen. Einen größeren Zinssatz konnten wir nicht anbieten, da er die denkbare Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft überschritten hätte. Die Geldknappheit ist aber nicht nur entstanden aus der Unterbrechung der normalen Handelsbeziehungen, aus dem Rückgang der Wirtschaft, sondern auch wegen der

Flucht des Kapitals

vor den ungeheuren Steuerlasten in allen Ländern. Deswegen hatten wir gerade diesen Ausweg gewählt, daß eine Anleihe kommen sollte, die Steuerfreiheit genießen sollte. Finanzmänner, auf deren Urteil ich sehr vertraue, haben mir den wahrscheinlichen Erfolg auf 8 Milliarden geschätzt. Allerdings gehört dazu eine weitere Voraussetzung. Wenn Deutschland die Verzinsung leisten sollte, so mußte sie einen Vorrang haben vor Artikel 48, wonach die Reparationsforderungen in erster Linie zu bedecken sind. Wir haben nun unseren Vorschlag so ausgebaut, daß wir neben der Anleihe von 8 Milliarden, neben dieser Verzinsung, eine Jahresrate von 1 Milliarde Goldmark für die ersten fünf Jahre bezahlen wollten. Mehr glaubten wir nicht anbieten zu können. In Paris war die variable Verzinsung von 12 Proz. vom Export eingeführt worden. Diese Form mußten wir ablehnen, weil sie wirtschaftlich widersinnig und in ihren Folgen nicht zu übersehen ist.

Die Delegation hatte von der Berliner Regierung die Weisung erhalten, in wichtigen und entscheidenden Punkten nicht von den Richtlinien abzuweichen, die sie mitbekommen hatte, ohne die vorherige Billigung der Reichsregierung einholt zu haben. Wir haben unsern Vorschlag so gemacht, wie er in unserem Weißbuch wiedergegeben worden ist. Leider sind durch ein Versehen der Reichsdruckerei Teile der Rede von Lloyd George in Teile meiner Rede hineingelangt. (Heiterkeit.) Die Konferenzteilnehmer waren überanstrengt und hatten auch nur wenige Stunden zur Durchsicht zur Verfügung. Da ein Erfolg nicht beschieden war, sind und bleiben diese Tatsachen vertraulich, da wir ein Versprechen gegeben haben, das wir auch halten müssen. Ich weiß allerdings nicht, ob dieselbe Vertraulichkeit auch auf der Gegenseite bewahrt worden ist. Unser Gegenanschlag hat auf der anderen Seite größte Entrüstung zur Folge gehabt, so daß es mir nicht möglich war, eine ausführliche Begründung zu geben. (Beifalles Hört, hört!) Ich habe meine Rede abkürzen müssen gegenüber den Zeichen der Erregung auf der Gegenseite. (Beifalles Hört, hört! und Bewegung.) Von vornherein wurden unsere Vorschläge als undistutabel angesehen. Die Antwort kam am Donnerstag. Lloyd George hat zunächst die Schuldfrage ausgeworfen. Er hat dann die Befragungsfrage gestreift und nachzuweisen gesucht, daß in Deutschland zu wenig Steuern

bezahlt werden, daß Deutschland durch den Krieg im Gegensatz zu den alliierten Ländern fast gar nicht getroffen worden sei. Dann hat er das Ultimatum gestellt, das uns in London angedroht worden war; er hat gesagt, daß dieses Ultimatum am Montag in Kraft treten würde, wenn wir nicht bis dahin vollkommen gleichwertige Vorschläge zu den Pariser Forderungen gemacht hätten. Selbstverständlich mußten wir versuchen, nunmehr in Verhandlungen mit den Gegnern zu kommen. Ich habe erzielt, daß in den Tagen von Sonnabend und Sonntag zwischen Mitgliedern der beiderseitigen Delegationen eingehende und sehr nachdrückliche Verhandlungen über neue Vorschläge geführt wurden. Bei diesen Verhandlungen hat man zunächst versucht, die Verkürzung der Pariser Frist von 42 auf 30 Jahre herbeizuführen. An sich waren die Gegner dazu geneigt; aber es zeigte sich sehr bald, daß die Bedingungen, unter denen man eine solche Verbesserung der Pariser Vorschläge erzielen konnte, untragbar waren, denn sie würden zur Folge gehabt haben, daß wir

während 30 Jahren jährlich drei Milliarden Goldmark

zu zahlen gehabt hätten, und daß sich darüber hinaus der variable Faktor so sehr erhöht hätte, daß er dem Gesamtwert der Pariser Forderungen von schätzungsweise 226 Milliarden Goldmark nahekomme. An eine solche Erhöhung des variablen Faktors konnte meiner Ansicht nach von deutscher Seite um so weniger gedacht werden, als wir uns nicht der Notwendigkeit aussetzen konnten, für jedes der 30 Jahre drei Milliarden fest zu versprechen, auf die Gefahr hin, daß gleich zu Anfang ein Zurückbleiben der Ziffer eintrat.

Ich habe mir dann besondere Mühe gegeben, den Gesichtspunkt der Mitwirkung am technischen Wiederaufbau Nordfrankreichs in den Vordergrund zu rücken. Diesen Gedanken hatte ich in Spa in den Mittelpunkt gestellt. Dabei trat uns aber in den Weg, daß die Gegenseite außerordentliche Besorgnisse vor der deutschen Tätigkeit hatte, daß namentlich die Franzosen sich einbildeten, wir wollten den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete so durchführen, daß wir große deutsche

Arbeiterkolonien nach Nordfrankreich

brächten, die dann jahrelang mit Weib und Kind dort verweilen und allmählich Frankreich mit deutschen Siedlungen besetzen.

Davor hatten sie ganz außerordentliche Scheu. Dazu kam die Furcht der französischen Unternehmer vor der deutschen Konkurrenz. (Hört, hört!) Wir haben es uns dann angelegen sein lassen, nach Wegen zu suchen, die der deutschen Arbeiterschaft ermöglichen sollten, ihre Tätigkeit für das Reparationsproblem auf deutschem Boden zu gestalten. Die Pläne sind nicht bloß für Frankreich gemacht worden, sondern um unsere eigenen großen Wohnungspläne durchzuführen. Wir werden Frankreich an dem teilnehmen lassen, was wir für uns selbst geplant haben. Dieser Gedanke des Wiederaufbaues muß auch künftig unter uns in den Mittelpunkt der Verständigungsarbeit gestellt werden. Solange es strittig ist, wieviel denn von deutschen Vorleistungen oder Sachleistungen anguzurechnen ist, solange die Durchführbarkeit des Friedensvertrages überhaupt strittig ist, solange sind die Bonds nur Wechsel auf die Zukunft. (Sehr richtig!)

Nach Beendigung der Simons-Rede gab Abg. Trimborn (Zentr.) im Namen der Regierungsparteien eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Wir billigen durchaus, daß die deutsche Delegation unter Führung des Außenministers Dr. Simons bei den Verhandlungen in London eine Zustimmung zu den Pariser Beschlüssen abgelehnt und den Abbruch der Verhandlungen hingenommen hat; wir stellen gleichzeitig fest, daß durch den Abbruch der Verhandlungen seitens der Gegner die bisherigen Angebote Deutschlands hinfällig geworden sind. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Wels (Soz.):

Ich muß zunächst meine Verwunderung ausdrücken über einige Sätze in der Erklärung, die der Abg. Trimborn (Zentr.) verlesen hat. Ich bin erstaunt über den unpolitischen Geist, der daraus spricht, wenn man sagt, die bisherigen Angebote seien infolge der Sanktionen hinfällig geworden. Wir sind der Ansicht, daß auch ferner jede Möglichkeit, zu einer Verständigung zu kommen, ausgenutzt werden muß. Sie werden aus diesen Sätzen der Erklärung erkannt haben, wie ungeheuer schwer es gewesen ist, daß die demokratische Partei und die Deutsche Volkspartei sich unter einem Hut zusammenfanden. (Große Unruhe bei den bürgerlichen Parteien.) Die Erklärung hat auch Bezug genommen auf die Frage der Schuld am Kriege. Um unsere abweichende Auffassung zum Ausdruck zu bringen, müßte die ganze Vortragszeit hier bedorogen werden. Dazu liegt aber heute nicht die Möglichkeit vor. Lloyd George hat im September vorigen Jahres erklärt, daß das Studium der Vortragszeit ihn zu der Ueberzeugung geführt habe, daß alle beteiligten Staaten

in den Krieg hineingekittet

seien. Diese Erklärung steht in schroffem Gegensatz zu seinen Erklärungen in London, die Deutschland als den allein schuldigen Urheber des Krieges hinstellten. Wir Sozialdemokraten verneinen die Schuld, die die deutsche Regierung an der Entsetzung des Krieges trifft, unter keinen Umständen. In Genf haben wir gemeinsam mit den Arbeitervertretern der alliierten Länder betont, daß das kapitalistische System die tiefste Ursache des Weltkrieges ist. Wir stehen aber augenblicklich vor einer Lebensfrage Europas. (Zuruf rechts: Deutschland!) Nein, ich sage Europas, denn der Untergang Deutschlands würde den wirtschaftlichen Niedergang Europas nach sich ziehen. Wir müssen uns deshalb heute fragen, wen trifft diesesmal

an der Katastrophe die Schuld?

Und ich glaube, wir können mit ruhigem Gewissen sagen: Uns nicht! Die Verhandlungen sind von den anderen unter Drohungen abgebrochen worden. Es ist nicht wahr, daß das deutsche Volk seine Verpflichtungen nicht erfüllen will. Das deutsche Volk hat den ehrliehen Willen, bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit zu gehen. Die Welt möge hören: wir können uns gegen die Sanktionen nicht wehren und müssen sie über uns ergehen lassen, wir können aber nicht Forderungen erfüllen, die über unsere Leistungsfähigkeit hinausgehen. Ich konstatiere, daß man uns Forderungen gestellt hat, die nicht nur unmöglich zu erfüllen verlangen, sondern auch unberechenbar sind. Ueber die Ergebnisse des variablen Faktors weichen die Ansichten der Sachverständigen um 100 Proz. voneinander ab. Man hat uns Forderungen gestellt, die unvereinbar sind mit dem Versailles Vertrag. Man hat uns gesagt, daß man auf der Ausfuhrabgabe nicht bestände, daß sie durch andere ersetzt werden könne. Wir mußten aber wissen, was man statt dessen von uns verlangt. Darauf ist man uns die Antwort schuldig geblieben. Vielleicht ist man sich in London heute noch nicht bewußt, was 226 Milliarden Goldmark für uns bedeuten. Im Jahre 1913 betragen die gesamten Werte an Mobilien und Immobilien, die bei deutschen Feuerversicherungen versichert waren, 228 Milliarden Mark. Und man kann sagen, daß in Deutschland fast alles Eigentum gegen Feuer versichert ist. Bei Schluß des Blattes spricht der Redner fort.

Die heutige Rede des Ministers des Auswärtigen wird wohl für den größten Teil der trotz des frühen Sitzungsbegins sehr zahlreich erschienenen Abgeordneten und sonstigen Zuhörer eine Enttäuschung gewesen sein. Sie war nicht viel mehr als ein ausführliches Referat über den Gang der Londoner Verhandlungen, und zwar ein recht einseitiges. Sachlichkeit, preußisch-geheimräthliche Sachlichkeit, die uns keiner nachmacht, war das Hauptmerkmal dieser fünfviertelstündigen Rede, an der die öffentliche Meinung der Entente nicht gleichgültig vorbeigehen dürfte. Zum Schluß enthielt die Rede sogar einiges Neues und Gutes, und das Haus wurde etwas lebhafter. Dr. Simons stellte fest, daß die Verletzung des Friedensvertrages uns nicht berechtige, unsererseits Verletzungen zu begehen, wie es in gewissen deutschnationalen Blättern gefordert wird. „Wir wollen Böses nicht mit Bösem vergelten.“ Dies in der jetzigen Situation ausgezeichnete Wort erregte ironische Zurufe auf den Bänken der Westart und Helferei.

Simons streifte noch unter erhöhter Aufmerksamkeit des Hauses die Schuldfrage, ohne indessen irgendeinen neuen Gesichtspunkt vorzubringen. Indem er erklärte, er verlange nicht von der Mehrheit, daß sie jeden Schritt der Delegation billige, gab er selbst den wirklichen Charakter der Vertrauensentschließung zu erkennen. Der Beifall am Schluß war im Hause nicht übermäßig, nur die reaktionären Tribünenbesucher, die offenbar über die wirkliche Stimmung in ihren Parteien sehr mangelhaft unterrichtet sind, brachen in Beifallskundgebungen aus, die der Präsident rügte.

Dutzelpäne?

Die „Leipziger Volkszeitung“ veröffentlicht eine Anzahl Schriftstücke, aus denen hervorgeht, daß für den 13. März ein neuer Reichstagsantrag eingeleitet ist, der wiederum von Ehrhardt organisiert ist. In der Nacht zum Sonntag soll Berlin besetzt werden, die Verhaftung der Arbeiterführer soll sich anschließen usw. usw.

An sich geht dies aus dem Inhalt der abgedruckten Schriftstücke hervor. Ob sie echt sind oder ob eine Manipulation vorliegt, ist eine andere Frage. Innere-Wahrscheinlichkeit scheint uns zunächst gegen die Echtheit zu sprechen. Jubiläumspunkte nur zur Innehaltung eines bestimmten historischen Datums hat es bisher in Deutschland nicht gegeben. Außerdem müßte sich jeder Mensch mit fünf Sinnen sagen, daß die gesamte politische Situation (Londoner Krise, ober-schlesische Abstimmung usw.) mehr als je einen Rechtspunkt zum Brechen am Volk stempeln würde.

Ein endgültiges Urteil läßt sich natürlich nicht fällen, da wir weder die Originale der Schriftstücke kennen noch die Art und Weise, wie diese in den Besitz der „Leipziger Volkszeitung“ gelangt sind. Doch die Arbeiterchaft, w a h s a m sein muß, weiß sie seit dem Rapp-Busch. Zu Verrosthät liegt aber kein Anlaß vor.

Die Daumschrauben.

München-Gladbach, 12. März. (ZL.) Infolge der bereits ergriffenen und noch drohenden Maßnahmen der Entente liegt das Geschäft in der München-Gladbacher Textilindustrie gänzlich darnieder. Es stehen Arbeitslosengrößen in größerem Maße bevor.

London, 12. März. (Unterhaus.) In der ersten Lesung des „deutschen Reparations-Bill“ (indische Abg. Bottomley (Leineswegs etwa ein Revolutionär! Red.) an, daß er bei der zweiten Lesung am Montag beantragen werde, die Vorlage zu verwerfen. Der Kölner Sonderberichterstatter der „Times“ schreibt, die Londoner Beschlüsse hätten

bei der Rheinlandkommission Bestürzung

hervorgebracht. Man frage, wer den teuren Apparat bezahle, werde, der notwendig sei, um die wirtschaftlichen Sanktionen zu erzwingen. In welchem Maße werde die Berliner Regierung für die Bekämpfung von Beamten verantwortlich sein? Welche Risiken würden diese Sanktionen? Wohin führe dieses alles? Die Erleichterung einer künstlichen Zollschranke, die das westliche Industriegebiet mitten entzwei schneide, sei ein sehr kompliziertes und gefährliches Unternehmen, das

jedenfalls keine Lösung

der Entschädigungsfrage bedeute. Der Berichterstatter schließt: Wenn man sich vor Augen hält, daß die Höhe an der Westgrenze Deutschlands im letzten Monat nur 62 000 Pfd. Sterl. einbrachten, was weniger als 750 000 Pfd. Sterl. im Jahre bedeutet, dann kann man die Schwierigkeit dieser besonderen Sanktion berechnen. Vor allem muß man fragen: Wohin soll dies führen? — Der „Matin“ behauptet, die Zollmaßnahmen würden jährlich etwa 125 bis 150 Millionen Goldmark betragen, doch sei eine Verminderung zu befürchten. Es müßte nach einer erfolgreichen Beschlußnahme getrachtet werden. Die Rheinlandkommission sollte ermächtigt werden,

Bergwerke, Wälder und Staatsdomänen zu beschlagnahmen,

wodurch man 400 bis 500 Millionen Goldmark jährlich erlangen könnte. — Laut „Echo de Paris“ tritt die Rheinlandkommission jetzt mit den rheinischen Bischöfen in Verbindung, ebenso mit den Hochschullehrern. Sie will auch mit Banken, Industriellen und der Geschäftswelt Fühlung nehmen. Der „Köln“ wird so lauer nach den deutschen Sitten in Kraft bleiben, bis nicht ein rheinischer Staat entstanden sein wird.

Brüssel, 12. März. (ZL.) „Libre Belgique“ sagt, daß die belgischen Interessen durch Zollgrenze und Söprozentuelle Abgabe gefährdet würden. Der sozialistische „Peuple“ bezeichnet die Sanktionen als einen Bruch des Versailles Vertrags. Der katholische „Standard“ erwartet die Wiederaufnahme der Verhandlungen. Man ist der Meinung, daß man nach dem Frankreich gewählten Pyrrhusweg baldigst zu neuen Beratungen schreiten werde.

Oesterreich soll Milchläche abgeben!

Wien, 12. März. Die Wäfler bemerken zu der neuen Note der Reparationskommission wegen der Ablieferung von 6000 Milchlächen durch Oesterreich, diese Forderung läge sehr hoch. Sie habe nur das eine Gute, daß sie die Unberührbarkeit der Politik der Entente greifbar mache. Oesterreich sei zwar dem Elend überantwortet worden, aber den letzten Tropfen Milch sollte man der hungarischen und entkräfteten Bevölkerung doch nicht rauben.

Annurung des Völkerbundes?

Amsterdam, 12. März. (Gehänge.) Holländische Handelskreise fordern die Haager Regierung auf, beim Völkerbund gegen die antideutschen Zwangsmaßnahmen Einspruch zu erheben, da sie diese Maßnahmen als schädlich für den Handel zwischen Deutschland und den neutralen Ländern ansehen.

Hanke passiv.

Washington, 12. März. (Havas.) Amtlich. Es wurde vereinbart, daß die amerikanischen Truppen am Rhein nicht an der Erhebung der Höhe teilnehmen. Immerhin werden die Vereinigten Staaten der Ausführung der neuen (1) Politik der Alliierten keine Schwierigkeiten in den Weg legen.

Der Völkerbund verfährt an seine Mitlieder Rundschreiben wegen Rüstungsbeschränkung. Ausgerechnet jetzt!

Für Deutschland!

In der Debatte über die Rede des Ministers Dr. Benech im Senat zu Prag wendete sich der deutsche Sozialdemokrat Dr. Heller-Teplitz dagegen, daß der Minister vom ersten Tage an jene Politik der Siegerstaaten mitgemacht hat, die nichts anderes ist, als die des kapitalistischen Imperialismus, als die Ausdehnung des kapitalistischen Expansionsbedürfnisses Frankreichs und Englands.

Dem Redner sei es daher ein

Herzensbedürfnis, ein Wort über Deutschland

zu sprechen. Wir werden mit aller Sympathie bei unseren deutschen Brüdern stehen und hoffen und wünschen, daß dieser neue Leidenskelch, den die verbündeten Entente-Kapitalisten bereiten, vorübergehen wird und daß Deutschland aus diesem Kämpfe heil und ungeschädigt hervorgehe. Wir können aber nicht wünschen, daß auch wir in diesen Kampf hineingezogen werden. Wir müssen es heute sagen, ehe es zu spät ist, daß unsere deutschen Arbeiter in einen neuen Krieg nicht ziehen werden. Jeder Versuch, uns in den Krieg zu verwickeln, wird an dem Widerstand der deutschen Bevölkerung scheitern. Diese Politik treibt Deutschland

immer mehr in das reaktionäre Lager.

Von einer Konsolidierung Europas kann keine Rede sein, solange Bürgerblut fließt. Was wir verlangen, ist, daß sich der Minister des Aeußeren für eine Revision der Friedensverträge einsetzt, und zwar so rasch als möglich, und daß er mitarbeitet an der Beseitigung des kapitalistischen Systems. Weil er aber Mitarbeiter an der Weiterhaltung dieser Zustände ist, die wir heute haben, lehnen wir seine Erklärung ab. (Lebhafte Beifall.)

Im deutschösterreichischen Bundesrat gedachte der Vorstehende Genosse Reumann, Bürgermeister von Wien, des Abbruchs der Londoner Verhandlungen und erklärte: Ueberall in der Welt, wo Deutsche wohnen, werden diese Maßnahmen das tiefste und schmerzlichsste Gefühl auslösen. Daß wir Deutsche in der Republik Oesterreich das Unglück unserer Brüder im Reich als das unsere empfinden, bedarf nicht erst der Ermahnung. Aber aussprechen wollen wir es, daß wir unseren Volksgenossen in Zeiten schwerer Prüfung innig und herzlich zur Seite stehen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß Deutschland auch diesen schweren Schicksalsschlag unerschütterlich überwinden wird.

Der Salzburger Landtag beschloß einhellig, im Lande Salzburg am 24. April eine Volksabstimmung darüber zu veranstalten, ob dem Völkerbund der Antrag auf Anschließung Oesterreichs an Deutschland vorgelegt werden soll. Der Abstimmungstag gilt für den Fall, daß die Bundesregierung nicht schon früher auf Grund eines Beschlusses des Nationalrates die Abstimmung im ganzen Staat anordnet.

Vorlausewahl in der unabhängigen Landtagsfraktion. Die unabhängige sozialdemokratische Fraktion des Landtages hat gestern dem Abg. Ludwig zum ersten und Abg. Seid zum zweiten Vorkandidaten gewählt. Die Fraktion hat sich in ihrer Sitzung mit der Frage der Regierungsbildung in Preußen beschäftigt.

